

II-2204 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

Präs.: 15. Feb. 1973

No. 1115/J

der Abgeordneten STAUDINGER, BREITENEDER, DEUTSCHMANN
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Stabilisierungsabkommen - Verhandlungen mit den
Gemeinden

In einer Aussendung der Bundesregierung zum Stabilisierungs-
abkommen heißt es:

Die Städte und Gemeinden werden eingeladen, die
Stabilisierungspolitik nachhaltig zu unterstützen.
Im Rahmen einer demnächst stattfindenden Aus-
sprache wird der Bund den Städten und Gemeinden
den Vorschlag unterbreiten, in gleicher Weise wie
der Bund vorzugehen und insbesondere die Verant-
wortung im Bereich der Tarife und Gebühren im Sinne
des vom Bund erklärten Erhöhungsverzichtes
wahrzunehmen.

Da von der solcherart angekündigten Aussprache bisher nichts
verlautete, ergeht an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1.) Hat die angekündigten Aussprache mit den "Städten und
Gemeinden stattgefunden? - Wenn ja: wann war dies, und
mit welchen Organisationen der "Städte und Gemeinden"
wurde gesprochen? .
- 2.) Was war das wesentliche Ergebnis einer gegebenenfalls
stattgefundenen Aussprache?
- 3.) Wenn die Aussprache jedoch nicht stattgefunden hat, warum
wurde sie dann, trotz erfolgter Ankündigung, nicht ab-
gehalten?